



Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts- und  
steuerberatende Berufe



10. November 1987  
7. Jahrgang, S. 172–193  
ISSN 0177–1868

11

Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	172
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	173
– Belehrungspflicht zur Vermeidung verdeckter Gewinnausschüttung	
– Weiterführende Hinweise zur verdeckten Gewinnausschüttung	
(BGH Ur. v. 25. 2. 1987 – IVa ZR 162/85, VersR 87, 688 = StB 87, 242)	
<b>Verjährung von Schadenersatzansprüchen</b>	182
– Ansprüche gegen einen Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, sog. Mehrfachberufler	
– sekundärer Schadenersatzanspruch	
– Zinsschaden	
(BGH Ur. v. 25. 3. 1987 – IVa ZR 250/85, WM 1987, 928 = VersR 1987, 718)	
<b>GI-Hinweis</b>	187

## GI Leitsätze

### Abschreibung eines erworbenen Praxiswerts

Ein entgeltlich erworbener Praxiswert ist grundsätzlich auf die Dauer von 3 bis 5 Jahren abzuschreiben. Dies gilt jedoch nicht, wenn der bisherige Praxisinhaber (Veräußerer) weiterhin entscheidenden Einfluß im Unternehmen ausübt. In diesem Falle läßt die Finanzverwaltung (BdF-Schreiben v. 20.11.1986, BStBl. 1966 I, 532) entsprechend der Regelung zum Geschäftswert eine Abschreibung auf 15 Jahre zu (§§ 6 Abs. 1 Nr. 2, 7 Abs. 1 EStG). Scheidet der bisherige Praxisinhaber aus, so kann ab diesem Zeitpunkt der nicht abgeschriebene Betrag des Praxiswertes jedoch auf 3 bis 5 Jahre abgesetzt werden.

(OFD Münster Vfg. v. 12.8.1987, S. 2172 – 152 – St 16 – 31, LEXinform 0080066 = Steuer-Telex 3840)

---

### Steuerbegünstigte Praxisveräußerung durch einen Steuerberater

Eine steuerbegünstigte Praxisveräußerung eines Steuerberaters liegt nicht vor, wenn der Steuerberater ca. 20 v. H. seiner Mandanten weiterhin vom Ort seiner bisherigen Tätigkeit aus betreut; es liegt auch keine Veräußerung einer Teilpraxis vor.

Auch die Voraussetzungen für die Anwendung des ermäßigten Tarifs nach § 34 Abs. 2 EStG i. V. m. § 24 Nr. 1 a EStG sind nicht erfüllt. Dabei ist es unerheblich, daß der Steuerpflichtige aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage war, seine Praxis im bisherigen Umfang weiter auszuüben.

(BFH Ur. v. 5.2.1987 – IV R 121/83 –, BFH/NV 1987, 571)

---

### Lebensversicherungsverträge im Betriebsvermögen?

Eine von einem Rechtsanwalt als Versicherungsnehmer auf sein Leben und das Leben seines Sozios abgeschlossene Lebensversicherung, bei der Versicherungsempfänger im Erbnisfalle der Versicherungsnehmer und im Falle des Todes eines der Versicherten der überlebende Versicherte ist, gehört weder zum notwendigen Betriebsvermögen der Sozietät noch zum notwendigen Sonderbetriebsvermögen des Versicherungsnehmers. (BFH Ur. v. 21.5.1987 – IV R 80/87, LEXinform 0079720 = Steuer-Telex 3810)

**Hinweis:** Die Anwaltssozietät ermittelte ihren Gewinn durch eine Einnahme-Überschußrechnung. Ob der Lebensversicherungsvertrag zum gewillkürten Sonderbetriebsvermögen gezogen werden könnte, konnte offengelassen werden, da es bei Überschußrechnen gewillkürtes Betriebsvermögen nicht gibt.

## **Haftung des Steuerberaters**

- Belehrungspflicht zur Vermeidung verdeckter Gewinnausschüttung
- Weiterführende Hinweise zur verdeckten Gewinnausschüttung

(BGH Urt. v. 25.2.1987 – IV a ZR 162/85, VersR 87, 688 = StB 87, 242)

### **Leitsätze:**

1. Zu den Hinweispflichten, die einen steuerlichen Berater treffen, der bei der gesellschaftsrechtlichen Neuordnung eines Unternehmens zugezogen wird.
2. Zum Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung.

### **Leitsätze (d. Verf.):**

1. Der Steuerberater hat die Gründer einer GmbH darauf hinzuweisen, daß es erforderlich ist, von Anfang an klare Vereinbarungen über die Bezüge zu treffen und die schriftliche Niederlegung dieser Vereinbarung zu empfehlen.
2. Eine Hinweis- und Belehrungspflicht des Steuerberaters setzt nur dann ein, wenn hierzu ein konkreter Anlaß besteht.
3. Der Steuerberater muß nicht mit Manipulationen des Mandanten, z. B. durch fingierte Arbeitsverhältnisse, rechnen.

## **Aus den Gründen:**

### **Beratervertrag mit Sozietät**

Das Berufungsgericht geht ohne Rechtsfehler davon aus, daß zwischen den Parteien vertragliche Beziehungen bestanden haben, die berufliche Leistungen der Beklagten zum Gegenstand hatten...

Das Berufungsgericht nimmt an, daß der Steuerberatungsvertrag nicht mit einzelnen Mitgliedern der Sozietät, sondern mit der Sozietät im ganzen zustande gekommen sei; hierfür spreche insbesondere auch die Art der Rechnungsstellung. Diese Beurteilung steht im Einklang mit der Verkehrsauffassung; sie ist naheliegend und aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden. Für Schadenersatzansprüche wegen fehlerhafter Beratung haften daher alle Mitglieder der Sozietät, nicht nur diejenigen, denen eine schuldhaftige Vertragsverletzung zur Last fällt.

### **Verdeckte Gewinnausschüttung**

Das Berufungsgericht hat zunächst erörtert, in welchen Vorgängen die verdeckte Gewinnausschüttung zu sehen ist, die zur Nachforderung von Steuern geführt hat. Es hat sodann geprüft, inwieweit hierfür Beratungsfehler der Beklagten ursächlich waren. Das ist vom methodischen Ansatzpunkt her richtig. Das Berufungsgericht geht auch zutreffend davon aus, daß verdeckte Gewinnausschüttungen unter zwei voneinander unabhängigen Voraussetzungen gegeben sein können, nämlich einmal dann, wenn eine Kapitalgesellschaft ihren Gesellschaftern außerhalb der gesellschaftsrechtlichen Gewinnverteilung einen Vermögensvorteil zuwendet, den sie bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters einem Nichtgesellschafter unter sonst gleichen Umständen nicht gewährt haben würde, oder dann, wenn nicht von vornherein klar und eindeutig bestimmt ist, ob und in welcher Höhe Leistungen erbracht werden sollen oder wenn nicht einer klaren Vereinbarung gemäß verfahren wird. Zutreffend ist weiterhin, daß es für die Annahme einer verdeckten Gewinnausschüttung ausreicht, wenn der Vermögensvorteil dem Gesellschafter nur mittelbar, nämlich über eine ihm nahestehende Person zugewendet wird (Felix/Streck, KStG, 1977, § 8 Anm. 72; Lange, Verdeckte Gewinnausschüttung, 4. Aufl. 1973, Rdnr. 13; Döllerer, Verdeckte Gewinnausschüttung und verdeckte Einlagen bei Kapitalgesellschaften, 1975, S. 31).

Die rechtlichen Schlüsse, die das Berufungsgericht aus diesen allgemeinen Grundsätzen zieht, kann sich der Senat jedoch nicht in vollem Umfang zu eigen machen. Im einzelnen ist dazu zu bemerken:

### **Geschäftsführervertrag**

Das Gehalt des Geschäftsführers einer GmbH gehört grundsätzlich zu den Betriebsausgaben, und zwar auch dann, wenn der Geschäftsführer gleichzeitig Gesellschafter (oder naher Verwandter eines Gesellschafters, z. B. dessen Ehegatte) ist. Die Gehaltszahlungen können daher, sofern gewisse, von der Finanzrechtsprechung entwickelte Regeln beachtet werden, nicht als verdeckte Gewinnausschüttungen angesehen werden. Nur auf die Nichtbeachtung dieser Regeln ist es zurückzuführen, daß im vorliegenden Fall das Geschäftsführergehalt nicht als Betriebsausgabe berücksichtigt werden konnte:

Die steuerliche Anerkennung des Geschäftsführergehalts setzt in Fällen der vorliegenden Art, in denen die Geschäftsführer gleichzeitig die Gesellschafter (bzw. die Ehegatten der Gesellschafter) sind, klare Vereinbarungen voraus (BFH, BStBl. II 1974, 497, 585, 719; II 1976, 74; II 1977, 172).

Die Verträge müssen an sich nicht notwendigerweise schriftlich abgefaßt sein (RFH, RStBl. 1932, 546), es liegt jedoch auf der Hand, daß bei mündlichen Vereinbarungen die steuerliche Anerkennung schwerer zu erreichen ist als bei schriftlichen, so daß der steuerliche Berater schriftliche Abfassung empfehlen sollte. Die Vereinbarungen müssen bei Beginn der Geschäftsführertätigkeit, also im voraus getroffen werden; rückwirkende Verträge werden von der Rechtsprechung nicht anerkannt (BFH, BStBl. II 1971, 463; II 1972, 501; II 1974, 179; II 1976, 74; BVerfGE 22, 156). Schon an dieser Voraussetzung kann es hier fehlen. Die Klägerin behauptet, die Anstellungsverträge seien nicht zu Beginn der Geschäftsführertätigkeit, sondern erst im Jahre 1978, als die Betriebsprüfung bevorstand, von den Beklagten aufgestellt worden. Die Beklagten sind diesem Sachvortrag zwar entgegengetreten; ... auf jeden Fall ist dieser Punkt vom Berufungsgericht nicht tatrichterlich geprüft worden, so daß für die Revisionsinstanz die Richtigkeit des Vorbringens der Klägerin unterstellt werden muß.

Die Beklagten, die als steuerliche Berater zur Gründung der GmbH hinzugezogen waren, waren **verpflichtet, die Gründer der GmbH darauf hinzuweisen, daß es erforderlich ist, von Anfang an klare Vereinbarungen über die Bezüge zu treffen, und die schriftliche Niederlegung dieser Vereinbarung zu empfehlen.** Die Betriebsprüfer haben allerdings diesen Punkt nicht beanstandet. Sie haben dem Geschäftsführer geglaubt, daß die Anstellungsverträge rechtzeitig abgefaßt worden seien; sie haben ihnen lediglich deshalb die **steuerliche Anerkennung verweigert, weil sie nicht durchgeführt worden sind.** Dennoch kann die verspätete Abfassung der Geschäftsführerverträge für die Beanstandung ursächlich gewesen sein. Solange die Verträge nicht vorlagen, konnten sie von den Geschäftsführern nicht beachtet werden. Es ist nicht auszuschließen, daß nach den Bestimmungen der Verträge verfahren worden wäre, wenn sie rechtzeitig abgesetzt und unterzeichnet worden wären. Ob dies zutrifft, ist eine Frage, die der Tatrichter nach § 287 ZPO zu beurteilen hat.

#### **Durchführung d. Geschäftsführervertrages – Belehrungspflicht d. StB**

Aber auch dann, wenn die Verträge rechtzeitig abgefaßt worden sein sollten, könnten die Beklagten zum Schadenersatz verpflichtet sein. Zur steuerlichen Anerkennung von Geschäftsführerverträgen genügt es nicht, daß von vornherein klare (schriftliche) Vereinbarungen getroffen worden sind; nach diesen Vereinbarungen muß auch tatsächlich verfahren worden sein (BFH, BStBl. II 1974, 179, 585; II 1976, 74, 734). Die Betriebsprüfer haben dazu in ihrem Bericht ausgeführt, daß ihnen zwar klare Vereinbarungen über die Bezüge der Geschäftsführer vorgelegt worden seien; nach diesen Vereinbarungen sei jedoch nicht verfahren worden.

Die in den Verträgen vorgesehenen regelmäßigen Gehaltszahlungen hätten nicht stattgefunden. Vielmehr hätten die Geschäftsführer zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten jeweils die Beträge aus dem Gesellschaftsvermögen entnommen, die sie zu ihrer Lebensführung benötigten. Die Entnahmen seien auf einem Verrechnungskonto festgehalten worden. Erst Ende des Jahres 1976 seien die Bezüge in einem Vorgang nachgebucht und mit den während dieses Jahres getätigten Entnahmen verrechnet worden. Das reicht aus, um den Verträgen die steuerliche Anerkennung zu versagen und hinsichtlich der Entnahmen eine verdeckte Gewinnausschüttung annehmen zu können.

Das Berufungsgericht glaubt, daß die Beklagten für diese Fehler nicht verantwortlich seien. Es meint, **eine Hinweis- und Belehrungspflicht des steuerlichen Beraters setze nur dann ein, wenn hierzu ein konkreter Anlaß bestehe**; ein solcher konkreter Anlaß sei dann gegeben, wenn die dem steuerlichen Berater bekannte Abwicklung der Geschäftsvorgänge durch seinen Mandanten oder die diesbezüglichen Absichten seines Mandanten die Gefahr einer verdeckten Gewinnausschüttung nahelegen; er bestehe aber auch dann, wenn der steuerliche Berater mit einem derartigen Verhalten seines Mandanten rechnen müsse. Das ist zwar zutreffend. Die Befürchtung, daß der Mandant etwas falsch machen werde, kann sich jedoch nicht nur aus den persönlichen Verhältnissen des Mandanten, seinen Charaktereigenschaften, seiner mangelnden Zuverlässigkeit, seinem Wissensstand, seiner mangelnden geschäftlichen Gewandtheit u. ä. ergeben; sie ist vielmehr auch dann begründet, wenn eine Situation besteht, in der die Steuerpflichtigen erfahrungsgemäß häufig Fehler begehen.

So war es aber hier: Der Campingplatz wurde zunächst von der aus den Herren E und G bestehenden Personalgesellschaft betrieben. Der Gewinn, der hierbei erzielt wurde, zählt zu den Einkünften aus gewerblicher Tätigkeit, bei denen nicht zwischen der Vergütung für die in der Leitung des Betriebs liegende Arbeitsleistung und dem Ertrag des im Betrieb investierten Kapitals unterschieden wird. Die Gesellschafter konnten jederzeit ohne steuerlichen Nachteil Beträge für private Zwecke entnehmen. Derartige Privatentnahmen sind in § 4 Abs. 1 S. 1 EStG ausdrücklich als zulässig anerkannt; sie sind bei der Ermittlung des Betriebsgewinns der Differenz zwischen dem Anfangs- und Endvermögen hinzuzurechnen.

Die gesellschaftliche Neuordnung geschah allein aus steuerlichen Gründen. Es war daher damit zu rechnen, daß sich auch nach der Gründung der GmbH an der tatsächlichen Gestaltung des Gewerbebetriebs nichts

ändern würde. Unter diesen Umständen war zu befürchten, daß sich die jetzigen Geschäftsführer nach wie vor als „Herren im Haus“ fühlten und sich weiterhin für berechtigt hielten, nach Belieben Geldmittel für ihre privaten Bedürfnisse aus dem Betrieb zu entnehmen. Es genügte demnach nicht, daß die Beklagten zu 1) und 2) die Geschäftsführerin der Klägerin zur Abfassung und Unterzeichnung von schriftlichen Geschäftsführerverträgen veranlaßten; sie mußten auch darüber belehren, inwieweit die bisherige Entnahmepaxis geändert werden mußte. Sie hätten darauf hinweisen müssen, daß sie in Zukunft zwischen dem Vermögen der BGB-Gesellschaft und dem der GmbH unterscheiden müssen: Aus dem BGB-Gesellschaftsvermögen seien nach wie vor Entnahmen in beliebiger Höhe möglich. Dagegen sei es erforderlich, beim GmbH-Vermögen die Zahlungs- und Buchungsvorgänge an die Regelungen des Geschäftsführervertrages anzupassen.

Nach den bisherigen Feststellungen des Berufungsgerichts besteht auch kein Anlaß zur Annahme, daß die ursprüngliche Belehrungsbedürftigkeit später weggefallen sei...

Da die Geschäftsführerverträge steuerlich nicht anerkannt werden konnten, hätten die gesamten Entnahmen der Geschäftsführer als verdeckte Gewinnausschüttungen behandelt werden müssen. Diese weitgehende Konsequenz haben die Betriebsprüfer jedoch nicht gezogen. Sie haben den Betrag, den die Geschäftsführer über ihr Gehalt hinaus entnommen haben, als (zinsloses) Darlehen behandelt mit der Folge, daß eine verdeckte Gewinnausschüttung nur im Zinsvorteil gesehen wurde. Das entsprach nicht den von der finanzgerichtlichen Rechtsprechung aufgestellten Grundsätzen. Diese erkennt ein dem Gesellschafter oder seinen Familienangehörigen gewährtes Darlehen nur dann steuerlich an, wenn klare Vereinbarungen über die Kündigung, die Tilgung oder den Rückzahlungszeitpunkt vorliegen (RFH, RStBl. 1929, 556; 1933, 620; BFH, BStBl. III 1958, 451).

Da es hier an solchen Vereinbarungen fehlte, hätten die gesamten entnommenen Beträge, nicht etwa nur der Zinsvorteil, als verdeckte Gewinnausschüttung aufgefaßt werden müssen. Bei richtiger steuerrechtlicher Beurteilung durch die Finanzverwaltung wäre daher der Schaden, der der Klägerin durch die Verletzung der Hinweispflicht durch die Beklagten entstanden ist, noch höher gewesen. Die Haftung der Beklagten für die tatsächlich entstandene Steuermehrbelastung wird dadurch jedoch nicht berührt...

### Gehaltszahlungen an die Töchter – fingierte Arbeitsverhältnisse

Die Betriebsprüfer haben die Zahlungen an die Töchter als verdeckte Gewinnausschüttungen angesehen, weil **die Arbeitsverhältnisse mit ihnen nur fingiert** waren. Diese steuerrechtliche Beurteilung ist zutreffend. Nach der Auffassung des Berufungsgerichts sind die Beklagten für den dadurch verursachten Schaden nicht verantwortlich; **mit solchen Manipulationen ihrer Mandantin hätten sie nicht zu rechnen brauchen**. Dieser Auffassung schließt sich der Senat an. Auch die Revision vermag in diesem Punkt ein Verschulden der Beklagten nicht aufzuzeigen.

### Private Nutzung der Personenkraftwagen

Die Finanzverwaltung hat in der privaten Nutzung der zum Gesellschaftsvermögen gehörenden Personenkraftwagen eine verdeckte Gewinnausschüttung gesehen. Das Berufungsgericht meint, diese Beanstandung sei nicht begründet gewesen. Da den Geschäftsführern im Anstellungsvertrag die private Nutzung der Kraftwagen gestattet gewesen sei und auch der Lohnsteuer unterliegen sollte, hätte dies nur dann als verdeckte Gewinnausschüttung angesehen werden können, wenn einem unbeteiligten Dritten ein solcher Vermögensvorteil nicht gewährt worden wäre. Davon könne jedoch nicht ausgegangen werden; es sei vielmehr gang und gäbe, daß leitenden Angestellten einer Firma und insbesondere Geschäftsführern einer GmbH Firmenfahrzeuge zur privaten Nutzung überlassen werden. Selbst wenn aber eine verdeckte Gewinnausschüttung vorliegen sollte, seien die Beklagten hierfür nicht verantwortlich, da sie von einer derartigen privaten Nutzung nichts wußten und auch mit ihr nicht hätten rechnen müssen. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

Zwar müssen nach der heute herrschenden Auffassung Fahrten mit dem Dienstwagen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ohne ausdrückliche Vereinbarung im Arbeitsvertrag als üblich angesehen werden. Insoweit liegt keine verdeckte Gewinnausschüttung vor, auch nicht bei Mittagsheimfahrten (BFH, HFR 1962, 339). Soweit aber der Gesellschafter-Geschäftsführer den Kraftwagen auch im übrigen privat benutzen darf, liegt nur dann keine verdeckte Gewinnausschüttung vor, wenn ihm diese **Privatnutzung im Dienstvertrag ausdrücklich als Teil seiner Dienstbezüge zugestanden worden ist und der entsprechende Wert der Lohnsteuer unterworfen wird** (Lange, a.a.O., Rdnr. 356; BFH, HFR 1961, 170). Den Geschäftsführern der Klägerin war zwar in ihrem Anstellungsvertrag die private Nutzung der Firmenkraftwagen gestattet worden; dieser Vertrag ist aber, wie oben ausgeführt, steuerlich nicht anzuerkennen, weil er nicht durchgeführt worden ist.



Die steuerliche Nichtanerkennung führt dazu, daß alle Leistungen, die aufgrund des Vertrages erbracht werden – also auch die private PKW-Nutzung –, als verdeckte Gewinnausschüttungen behandelt werden. Daran kann auch der Umstand, daß die private Nutzung der Lohnsteuerpflicht unterworfen wurde, nicht ändern...

Die Prüfer sind mit Recht davon ausgegangen, daß die PKW-Überlassung unentgeltlich gewährt worden sei. Mit dieser Feststellung steht es nicht im Widerspruch, daß die Geschäftsführer mit dem Gegenwert der Nutzung belastet worden sind. Gezahlt wurde das in der Bilanz ausgewiesene Entgelt nicht; es wurde vielmehr praktisch wie ein den Geschäftsführern gewährtes Darlehen behandelt.

Für die **steuerliche Anerkennung einer Darlehenshingabe** durch die Gesellschaft an die **Gesellschafter** (oder ihnen nahestehende Personen) ist es jedoch erforderlich, daß das Darlehen in den Büchern der Gesellschaft ordnungsgemäß verbucht ist, daß klare Vereinbarungen über Tilgungsraten, den Rückzahlungszeitpunkt oder die Kündigungsfrist getroffen und die üblichen Sicherheiten bestellt werden (BGH, VersR 1983, 177, 179). Diese Voraussetzungen lagen hier nicht vor. Wenn die Beklagten dafür verantwortlich sind, daß die Anstellungsverträge steuerlich nicht anerkannt wurden, dann umfaßt ihre Schadenersatzpflicht auch die steuerliche Mehrbelastung, die dadurch entstanden ist, daß in der privaten PKW-Nutzung eine verdeckte Gewinnausschüttung gesehen wurde. Darauf, ob eine solche Nutzung für die Beklagten vorhersehbar war, kommt es in einem solchen Fall nicht an.

### **Pachtzahlung, Pflicht zur FG-Klage**

Die Finanzverwaltung hat den Pachtzins, den die GmbH der BGB-Gesellschaft zahlt, als unangemessen hoch angesehen und deshalb teilweise als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet. In Wirklichkeit war jedoch der Pachtzins angemessen. Wenn bei der Betriebsprüfung nur dieser Punkt beanstandet worden wäre, hätte der Steuernachteil durch Einlegung des Einspruchs, ggf. durch Finanzgerichtsklage beseitigt werden können. Bei der hier vorliegenden Fallgestaltung hatte die Klägerin jedoch gute Gründe, von der Einlegung des Einspruchs abzusehen. Wie bereits ausgeführt, wurden bei der Betriebsprüfung die verdeckten Gewinnausschüttungen, die durch die Entnahmen der Geschäftsführer entstanden waren, zu niedrig bemessen. Hätte die Klägerin von den ihr zustehenden Rechtsbehelfen Gebrauch gemacht, so hätte sie zwar damit rechnen können, daß der Steuerbescheid hinsichtlich der Pachtzinszahlungen korrigiert wurde. Sie hätte aber befürchten müssen, daß die

verdeckten Gewinnausschüttungen, die sich aus den Entnahmen der Gesellschafter ergaben, mit einem höheren Betrag angesetzt wurden. Dabei wäre auch eine Abänderung der Steuerfestsetzung zu Lasten der Klägerin möglich gewesen (§ 367 Abs. 2 S. 2 AO 1977). **Die Einlegung des Einspruchs hätte also den bereits entstandenen Schaden noch erhöhen können.**

Daß die Anfechtung der Steuerfestsetzung mit einem solchen Risiko verbunden war, war eine Folge der Nichtanerkennung der Geschäftsführerverträge. Wenn die Beklagten für die Nichtanerkennung dieser Verträge verantwortlich sind, haben sie auch den Schaden zu tragen, der dadurch entstanden ist, daß die Klägerin aus den dargelegten Gründen eine Änderung der Verwaltungsentscheidung über die steuerliche Behandlung der Pachtzinszahlungen nicht ohne anderweitige steuerliche Nachteile erreichen konnte...

### **Ausschluß der Haftung?**

Die Entscheidung des Berufungsgerichts kann auch nicht mit einer anderen Begründung (§ 563 ZPO) aufrechterhalten werden.

#### **1. Durch Mandantenbriefe?**

Es ist unstreitig, daß die Beklagten Mandantenbriefe herausgeben und daß der Geschäftsführer E., der ein eigenes Unternehmen betreibt und in dieser Eigenschaft ständig von den Beklagten betreut wird, die Mandantenbriefe regelmäßig erhalten hat; der Klägerin selbst und dem Geschäftsführer G. sind sie dagegen nicht zugesandt worden. Die Beklagten meinen, durch diese Briefe seien die Geschäftsführer der Klägerin ausreichend über die mit der verdeckten Gewinnausschüttung zusammenhängenden Fragen unterrichtet worden; eine besondere Belehrung sei daher nicht mehr erforderlich gewesen. Demgegenüber behauptet die Klägerin, in den Briefen sei zwar auch die Frage der verdeckten Gewinnausschüttungen angesprochen worden; die abstrakten Ausführungen seien aber wegen des „Fachjargons“ nicht verständlich gewesen.

Ob dieser Einwand begründet ist, kann das Revisionsgericht nicht abschließend beurteilen. Die Beklagten schuldeten der Klägerin eine konkrete, auf den vorliegenden Fall bezogene Belehrung; **allgemeine Ausführungen über die Gefährlichkeit verdeckter Gewinnausschüttungen konnten solche Hinweise nicht ersetzen.** Ob die Beklagten in einem der Mandantenbriefe die hier entscheidungserheblichen Einzelfragen konkret angesprochen haben, läßt sich erst dann beurteilen, wenn das betreffende Exemplar vorgelegt wird.

## 2. Verjährung?

Mit Recht hat das Berufungsgericht angenommen, daß der geltend gemachte Schadenersatzanspruch nicht verjährt ist. Die Verjährungsfrist betrug 3 Jahre (BGH, GI 12/82 = LM StBerG § 68 Nr. 20 = NJW 1982, 2256); sie begann mit der Schlußbesprechung über das Ergebnis der Betriebsprüfung, d. h. also am 30.5.1979, zu laufen (BGHZ 73, 363); sie ist spätestens durch die Klagezustellung am 21.6.1980 unterbrochen und seitdem nicht wieder in Lauf gesetzt worden. ....

### Weiterführende Hinweise zur verdeckten Gewinnausschüttung:

Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen in der Steuerpraxis	Streck GmbH R 1987, 104
Neue Entwicklungen bei der steuerlichen Behandlung verdeckter Gewinnausschüttungen und verdeckter Einlagen	Sarrazin, Wpg. 1985, 625
Zur Frage des Zuflusses von verdeckten Gewinnausschüttungen	Schulze, BB 1985, 1324
Besteuerung von verdeckten Gewinnausschüttungen	Schuhmann RWP SG 7.1, S. 95
Steuerklauseln und Satzungsklauseln	Zenthöfer DStZ 1987 185, 217, 273
Die verdeckte Gewinnausschüttung im Körperschaftsteuerrecht	Pezzer, O. Schmidt-Verlag 1986
Schadenersatzanspruch einer GmbH gegen den steuerlichen Berater wegen Nichtvermeidung einer verdeckten Gewinnausschüttung	Jonas GmbH R 1987, 484
Die Auswirkungen der verdeckten Gewinnausschüttung auf die Steuerbilanz	Wassermeyer, DStR 1987, 484

## **Verjährung von Schadenersatzansprüchen**

- Ansprüche gegen einen Rechtsanwalt,  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, sog. Mehrfachberufler
- sekundärer Schadenersatzanspruch
- Zinsschaden

(BGH Urt. v. 25. 3. 1987 – IV a ZR 250/85, WM 1987, 928 = VersR 1987, 718)

### **Leitsätze:**

1. Die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen einen steuerlichen Berater, der den Beruf des Steuerberaters, des Wirtschaftsprüfers und des Rechtsanwalts nebeneinander ausübt, richtet sich nach derjenigen Berufsordnung, die die Parteien für die Tätigkeit des Beraters zugrunde legen wollten – oder mangels feststellbaren Parteiwillens – die den Schwerpunkt seiner vertraglichen Verpflichtungen regelt.
2. Zum sog. sekundären Schadenersatzanspruch gegen einen Rechtsanwalt, der es versäumt hat, rechtzeitig Anträge auf Erlass der Vermögensabgabe zu stellen.
3. Ein Zinsschaden ist keine Nebenforderung im Sinne der Verjährungsvorschrift des § 224 BGB.

### **Zum Sachverhalt:**

Die Klägerin verlangt Schadenersatz wegen zu spät gestellter Erlassanträge hinsichtlich der von ihr nach dem Leistungsausgleichsgesetz geschuldeten Vermögensabgabe. Die vier Beklagten bilden eine Sozietät: als Steuerberater – der Beklagte zu 1), als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater – die Beklagten zu 2) und 4) und als Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwalt – der Beklagte zu 3).

Die Klägerin verlangt im übrigen einen Zinsschaden wegen der aus Krediten bezahlten Vermögensabgabe.

### **Aus den Gründen:**

#### **Verjährungsfrist bei Mehrfachberuflern**

Das Berufungsgericht hat den zwischen den Parteien geschlossenen Vertrag dahin ausgelegt, daß der Schwerpunkt der von den Beklagten vertraglich geschuldeten Tätigkeit im Bereich der Steuerberatung liege.

Deshalb gelte nicht nur für den Beklagten zu 1, sondern auch für die Beklagten zu 2 und 4 die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG. Diese Frist, deren Lauf im vorliegenden Fall am 1.1.1974 begonnen habe, sei bei dem Erlass der Mahnbescheide schon abgelaufen. Dagegen richte sich die Verjährung bezüglich des Beklagten zu 3 nach § 51a WPO. Die darin festgelegte 5jährige Verjährungsfrist, deren Lauf ebenfalls am 1.1.1974 begonnen habe, sei beim Erlass des Mahnbescheides am 19.12.1978 noch nicht verstrichen gewesen.

Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts kann für alle vier Beklagten eine Verjährungsfrist von drei Jahren seit dem Zeitpunkt gelten, in dem der Anspruch entstanden ist.

Ohne Erfolg versucht die Klägerin in ihrer Revisionserwiderung, die Feststellungen des Berufungsurteils zum Inhalt der Parteivereinbarungen anzugreifen. Soweit sie meint, gegenüber den Beklagten zu 1, 2 und 4 sei Verjährung nicht eingetreten, können ihre Erwägungen an der rechtskräftigen Abweisung dieses Teils ihrer Klageforderung gegen diese Beklagten nichts ändern.

Die vom Berufungsgericht aufgrund seiner Vertragsauslegung getroffene Feststellung, der Schwerpunkt der Tätigkeit liege im Bereich der Steuerberatung, gilt grundsätzlich auch für den Beklagten zu 3. Auslegungsfehler kann die Klägerin nicht aufzeigen. Es ist nicht ersichtlich, daß das Berufungsgericht den Vortrag der Parteien, die von ihnen vorgelegten Unterlagen und die Beweiserhebung erster Instanz zu dieser Frage nicht in seine Auslegung einbezogen hat. Eines ausdrücklichen Eingehens auf jeden dieser Punkte bedurfte es nicht (BGHZ 3, 162, 175). Diese Auslegung entspricht sogar dem eigenen Tatsachenvortrag der Klägerin. Die Klägerin hat in zweiter Instanz, nachdem das Landgericht über die Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses Beweis erhoben und danach auf den geltend gemachten Schadenersatzanspruch ausschließlich § 68 StBerG angewendet hatte, selbst den geschlossenen Vertrag als Steuerberatungsvertrag und die gesamte Tätigkeit unter Auswertung des Schriftwechsels der Parteien als umfassende Steuerberatung bezeichnet. Sie hat lediglich gemeint, auf die steuerberatende Tätigkeit eines Wirtschaftsprüfers und Steuerberaters sei die Berufsordnung für Wirtschaftsprüfer und damit § 51a WPO anzuwenden. Die Steuerberatung nehme innerhalb der Tätigkeit der Wirtschaftsprüfer einen wesentlichen Rang und Raum ein. Gleichwohl habe der Gesetzgeber in der nach dem Steuerberatungsgesetz erlassenen Wirtschaftsprüferordnung für die unterschiedlichen Tätigkeiten keine unterschiedlichen Verjährungsfristen eingesetzt.

Diese Rechtsansicht geht fehl. Die Verjährungsvorschrift ist, wenn der steuerliche Berater den Beruf des Steuerberaters, des Wirtschaftsprüfers und des Rechtsanwalts nebeneinander ausübt, **derjenigen Berufsordnung zu entnehmen, die die Parteien für die Tätigkeit des Beraters erkennbar zugrunde legen wollten, oder – mangels feststellbaren Parteiwillens – die den Schwerpunkt seiner vertraglichen Verpflichtungen regelt** (BGHZ 83, 328, 332 = WM 1982, 743).

Das Berufungsgericht hat ausreichende Feststellungen zum Parteiwillen nicht getroffen. Im vorliegenden Fall gelten für den Beklagten zu 3 als Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer sowohl die Berufsordnung für Wirtschaftsprüfer als auch die für Rechtsanwälte. Das Berufungsgericht hat lediglich mit Recht § 68 StBerG ausgeschlossen, dann jedoch ohne weiteres § 51a WPO angewendet, ohne auf § 51 BRAO einzugehen, der wie § 68 StBerG eine dreijährige Frist festlegt. Es hätte einer Prüfung der Frage bedurft, ob nach dem Willen der Parteien der Beklagte zu 3 die vertragsmäßigen Dienste in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsprüfer oder in der als Rechtsanwalt leisten sollte. Da es sich hierbei um eine tatrichterliche Frage handelt, muß ihre Entscheidung dem Berufungsgericht überlassen bleiben.

Bei der nachzuholenden Prüfung wird das Berufungsgericht unter anderem zu bedenken haben, daß der Beklagte zu 3 nicht allein tätig, sondern in einer Sozietät mit drei Steuerberatern verbunden ist, von denen zwei gleichzeitig Wirtschaftsprüfer sind. Wird eine solche Sozietät für steuerliche Beratung in Anspruch genommen, dann geht der Parteiwillen möglicherweise dahin, daß der einzige in ihr tätige Rechtsanwalt in dieser Eigenschaft gewählt wird und beraten will. Nach § 3 Abs. 1 BRAO ist der Rechtsanwalt der berufene unabhängige Berater in allen Rechtsangelegenheiten unter Einschluß insbesondere der steuerrechtlichen Fragen (§ 3 Nr. 2 StBerG). Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme scheint auch der Beklagte zu 3 persönlich die Klägerin lediglich beraten zu haben, als diese in eine KG umgewandelt wurde.

Der Schadenersatzanspruch wegen Nichterstattung der Vermögensabgabe für die Jahre 1969 und 1970 wurde erstmals mit dem Antrag auf Erlaß der Mahnbescheide gerichtlich geltend gemacht. Diese hat die Klägerin am 18.12.1978 eingereicht. Demgemäß konnte erst an diesem Tag die Verjährungsfrist unterbrochen werden (§§ 209 Abs. 2 Nr. 1 BGB, 693 Abs. 2 ZPO), da die Bescheide „demnächst“ zugestellt worden sind. In diesem Zeitpunkt war aber die Verjährung bereits eingetreten, wenn die Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Es ging um rückwirkenden Erlaß. Die Klägerin hatte unstreitig die acht Vierteljahresraten der Vermögensabgabe für die Jahre 1969 und 1970 in Höhe von jeweils 3.126,17 DM pünktlich gezahlt. Der nach der vom Berufungsgericht zugrunde gelegten Erlaßpraxis der Finanzbehörden hier maßgebliche dreijährige Erlaßzeitraum umfaßte demgemäß die Jahre 1969 bis 1971. Der Antrag auf Erlaß der Vermögensabgabe mußte nach dieser Praxis spätestens mit Ablauf des zweiten Jahres nach dem dreijährigen Erlaßzeitraum gestellt werden. Anderenfalls gingen die Finanzbehörden von Verwirkung aus. Demgemäß **war der Schaden der Klägerin entstanden im Sinne von § 51 BRAO (und § 68 StBerG), als bis zum Ablauf des 31.12.1973 noch kein Erlaßantrag gestellt worden war. ....**

### **Sekundärer Schadenersatzanspruch**

Jedoch kann der Klägerin, wenn ihr Anspruch gegen den Beklagten zu 3 gemäß § 51 BRAO verjährt ist, ein sekundärer Schadenersatzanspruch zustehen. Ein solcher Anspruch setzt seinerseits eine neue Pflichtverletzung voraus. Er entsteht also nur, wenn der Rechtsanwalt vor Vollendung der Verjährungsfrist hinsichtlich des Regreßanspruches **Anlaß hatte, den durch die frühere Pflichtverletzung seinem Mandanten entstandenen Schaden zu erkennen**, und wenn er ihn deshalb auf die Möglichkeit des Regresses und dessen drohende Verjährung hätte hinweisen müssen (BGHZ 94, 380, 386 ff = WM 1985, 889 = GI 32/85).

Da die mit dem Verwirkungseintritt am 31.12.1973 beginnende Verjährungsfrist des § 51 BRAO am 31.12.1976 abgelaufen war, kommt es darauf an, ob der Beklagte zu 3 in dieser Frist Anlaß hatte, den der Klägerin durch den Nichterlaß der Vermögensabgabe entstandenen Schaden und die für diesen Schaden ursächliche Pflichtwidrigkeit der Beklagten zu erkennen. Dazu hat das Berufungsgericht ausreichende Feststellungen nicht getroffen. Allerdings hat es unter I. 3. b auf Seite 9 seines Urteils darauf hingewiesen, daß die Beklagten in den Gewinn- und Verlustrechnungen und in einigen Schreiben die Vermögensabgabe erwähnt haben. Ob schon das ein ausreichender Anlaß im Sinne der Rechtsprechung (BGHZ 94, 380, 388 = WM 1985, 889) gewesen ist, bedarf näherer Nachprüfung. Möglicherweise wurde auch die von dem Zeugen W. bei dessen Aussage erwähnte Frage der Klägerin, ob ihre schlechte Ertragslage nicht Grund für ein Loskommen von der Vermögensabgabe sein könnte, in dieser Frist gestellt. Diese als Anlaß sicherlich ausreichende Frage wurde nämlich nach der Aussage des Zeugen anläßlich der Gespräche gestellt, die wegen der Umwandlung der Klägerin geführt wurden. Diese Umwandlung geschah zwar zum Jahresende 1972. Das schließt aber

angesichts der vorgelegten Korrespondenz nicht aus, daß das fragliche Gespräch erst später stattgefunden hat.

### **Zinsschaden und Verjährung**

Auch hinsichtlich des von der Klägerin mit den Schadenspositionen 2 und 3 geltend gemachte Zinsschaden ist das Berufungsurteil rechtsfehlerhaft. ....

Die Anwendung des § 224 BGB für den Zinsschaden ist rechtsfehlerhaft.

**Der Zinsschaden ist keine Nebenforderung des Erstattungsbetrages. Er ist auch nicht mit dem Verzugsschaden (RGZ 156, 113, 121) gleichzusetzen.**

Er entsteht, weil der Mandant des Steuerberaters eine Forderung finanzieren muß, hinsichtlich der er wegen der fehlerhaften Beratung seitens des Steuerberaters nicht erkennt, daß er sie in Wahrheit nicht schuldet.

**Der Zinsschaden ist selbst Hauptforderung**, nämlich ein selbständiger Teil des Schadenersatzanspruches (BGHZ 83, 17, 22 oben = WM 1982, 367 und 96, 290, 298 unter 5 = WM 1986, 261; weiter Urteil vom 1.10.1981 = WM 1981, 1312). Dieser Rechtsfehler wirkt sich aus bei der Frage, wann hinsichtlich der Schadenpositionen 2 und 3 Verjährung eingetreten ist. Denn das Berufungsgericht hat zur Verjährungsunterbrechung den Umstand übersehen, daß die Klägerin erst mit dem am 12.10.1983 zugestellten Schriftsatz vom 24.8.1983 nach der Aussetzung wegen des Steuerbeschwerdeverfahrens den Anspruch ausdrücklich so geltend gemacht hat, daß er alle drei Schadenpositionen umfaßte. Die Revision meint, daß deshalb alle Zinsschadenansprüche verjährt seien. So liegt es aber nicht.

### **Anmerkung**

Zur Verjährung von Regreßansprüchen gegen Mehrfachberufner verweisen wir auf das Ur. OLG Hamburg v. 10.12.86 – 5 U 50/86 GI 1987, 67, den Kurzkomentar von Graf v. Westfalen EWIR § 68 StBerG 1/87 und die umfangreichen weiterführenden Hinweise GI 87, 72..

Zum sekundären Schadenersatzanspruch verweisen wir auf OLG Koblenz Ur. v. 3.12.86 – 7 U 673/86 GI 1987, 45 und auf LG Köln Ur. v. 8.5.87 – 17 O 447/86 GI 1987, 158.



## GI-Hinweis

### **Eine wichtige Information zur Vermeidung von Haftpflichtrisiken:**

Der Bundesminister der Finanzen hat erstmals durch Schreiben vom 24.6.1987 bundeseinheitliche Regelungen zur Erteilung von verbindlichen Auskünften durch die Finanzverwaltung bekanntgegeben. Den Wortlaut dieses Schreibens, dessen Erläuterungen sowie praxisnahe Empfehlungen finden sie in der STEUER-TELEX-Sonderinformation: **Die neue Verwaltungsregelung zur verbindlichen Auskunft von Regierungsdirektor Heinz Richter** (Dr. Peter Deubner Verlag Köln, 1987, 36 Seiten DIN A4, DM 35,80).

Wir empfehlen die Lektüre dieser Broschüre. Sie können bei einer Gestaltungsberatung Regreßrisiken beseitigen, wenn Sie eine verbindliche Auskunft durch die Finanzverwaltung beantragen. Sie sichern einerseits die Investitionsentscheidung ihrer Mandanten ab und tragen andererseits dazu bei, daß ihr Mandatsverhältnis nicht durch eine evtl. „schiefgegangene“ Gestaltungsberatung belastet wird.

Die Darstellung von Richter befaßt sich darüber hinaus mit den beiden anderen Fallgruppen von verbindlichen Auskünften, der verbindlichen Zusage aufgrund einer Außenprüfung, §§ 204 ff AO und der Anrufungsauskunft über die Anwendung der Vorschriften über die Lohnsteuer, § 42 e EStG.

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–11, 1987)

<b>Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp.</b>		<b>Betriebsprüfung</b>	
– § 9 IV	87, 70	– Bindung an Erklärung i. Schlußbesprechung	87, 156
<b>Allgemeine Geschäftsbedingungen</b>		<b>Beweislast</b>	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– für Fehlberatung	87, 66, 80 (LS)
<b>Anlageberatung</b>		<b>Buchführungsauftrag</b>	
– Bonitätsprüfung	87, 51	– Buchung ohne Beleg	87, 4
– Liquiditätsbelastung	87, 51, 119	– Unterschlagungsentdeckung	87, 4
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51, 121	– Verschleierung v. Besteuerungsgrundlagen	87, 155
– Provisionsgeschäfte s. dort	87, 51, 121	<b>Darlegungslast für Regreßanspruch</b>	
– unentgeltliche –	87, 52	– Anlageberatungsvertrag	87, 45
<b>Antrag</b>		– Buchungsfehler	87, 102
– Investitionszulage	87, 20	– Kalkulationsschaden, USt	87, 164
= zuständiges Finanzamt		– Schätzungsschaden	87, 161
<b>Anwaltsvertrag</b>		– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	<b>Dienstvertrag</b>	
– mit Sozietät	87, 145	– Anwaltsvertrag	87, 36
<b>Arglistseinwand</b>		<b>Dritthaftung</b>	
– gegenüber Verjährungseinrede, § 68 StBerG	87, 158	– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34
<b>Auskunft des FA</b>	87, 129	– sittenwidrige, vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
<b>Bauherrenmodell</b>		– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 27
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73	= Kreditgeberschutz	87, 27
– Treuhänder	87, 69	= Zwischenabschluß	87, 27
– Vertragsentwürfe d. StB	87, 141	<b>Fahrtkosten</b>	
<b>Bekanntgabe d. St.-Bescheides</b>		– zwischen Kanzlei und Wohnung mit Arbeitszimmer	87, 134 (LS)
– an Mandanten statt an Bevollmächtigten	87, 154 (LS)	<b>Fristenkontrolle</b>	
<b>Belehrungspflicht</b>		– unverschuldetes Säumnis/ Brief an unzuständiges FA	87, 20
– bei konkretem Anlaß	87, 176	<b>Geldstrafe/-buße</b>	
– Art der Belehrung	87, 66 (LS)	– Schaden	87, 24, 125
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	87, 119	<b>Haftungsbeschränkung in AGB</b>	
= wg. Rundschreiben	87, 180	– Haftungshöchstsumme	87, 34
– Ende der –	87, 50	– vorvertragliche Pflichtverletzung	87, 141
= und Mandatsende		<b>Herausgabeanspruch</b>	
– über eigene Fehler	87, 49	– gespeicherter Buchhaltungsdaten	87, 116
= schuldhafte Verletzung der –		<b>Honoraranspruch d. RA</b>	
– gegenüber GmbH-Geschäftsführer	87, 174	– vorzeitige Beendigung des Mandats, § 13 BRAGO	87, 35
= wg. Gefahren der vGA	87, 174	– Herabsetzung des –, § 3 Abs. III BRAGO	87, 34
= wg. Abschluß u. Durchführung v. Verträgen	87, 175	– Pauschalhonorar	87, 34
– über Gebühren, Kosten, Prozeßkostenhilfe	87, 134	– Verrechnung mit Anderkontengelder	87, 94 (LS)
– über steuerliche Risiken	87, 120, 135	<b>Honoraranspruch d. StB</b>	
<b>Beratung</b>		– bei nichtigem Beratungsvertrag	87, 141
– prognostische	87, 122	– Buchführungsmandat	87, 9, 112
<b>Berichtigung gem. § 173 AO</b>		– vorzeitiges Mandatsende, § 14 StBGebV	87, 165
– Mitarbeiterverschulden	87, 44 (LS)	– Verjährung	87, 9
– neue Tatsache	87, 44 (LS)		

<b>Honorarforderung d. StB</b>			
– Fälligkeit	87, 112		
– Ausschluß der Aufrechnung	87, 112		
<b>Konkursverwalter</b> , Haftung des –			
– Betriebsfortführung	87, 26		
	(LS)		
<b>Kostenerstattung</b> i. Regreßprozeß			
– USt auf Reisekosten des RA	87, 116		
– Privatgutachten z. Prozeßvorbereitung	87, 157		
<b>Kündigung des Mandats</b>			
– fristlose – § 627 BGB	87, 99, 108		
– durch Mandanten	87, 35, 98		
– durch StB zur Unzeit	87, 102		
– wegen Verzug des StB	87, 98, 99		
<b>Literatur- u. Rechtsprechungshinweise</b>			
– Darlegungs- und Beweislast für Regreß gegen StB	87, 106		
– verdeckte Gewinnausschüttung	87, 181		
– Honoraranspruch	87, 40		
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40		
– Mandatsvertrag mit Sozietät	87, 146		
– Provisionszahlung an StB/Wp	87, 88		
– Schätzungsschaden	87, 163		
– Verjährung § 68 StBerG/Treuhänder	87, 69		
– Wiedereinsetzung	87, 23		
<b>Mehrfachberufler, Wp/StB/RA</b>	87, 67		
<b>Mitverschulden</b> (§ 254 BGB)			
– Manipulationen d. Mandanten	87, 177		
– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6		
<b>Notar</b> , Gebühren des			
– Verrechnung mit Anderkontengeld	87, 94		
– Sachverhaltsermittlung	87, 8		
– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7		
– Treuhandgelder	87, 94		
	(LS)		
<b>Praxisveräußerung</b>			
– Teilpraxis	87, 172		
	(LS)		
<b>Praxiswert</b>			
– Abschreibung eines erworbenen –	87, 172		
	(LS)		
<b>Prospekthaftung</b>			
– bei Bauherrenmodell	87, 54		
– des nichtgenannten Prospektprüfers	87, 54		
<b>Prospektprüfer</b>			
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Bauherren?	87, 54		
– Warnpflicht wegen Bilanzbild?	87, 54		
<b>Provisionsgeschäfte</b>			
– Rückforderung der	87, 85		
– Schadenersatzpflicht ohne Fehlberatung	87, 117		
– Zahlung an Strohmann	87, 86		
<b>Rechtsanwalt</b>			
– Antrag eines Versäumnisurteils	87, 128		
– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12		
	(LS)		
<b>Rechtsbeistand</b>			
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12		
	(LS)		
<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>			
– Abwicklung d. nichtigen Rechtsberatungsvertrages	87, 141		
– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12		
	(LS)		
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12		
	(LS)		
– durch Schuldenregulierung	87, 12		
	(LS)		
– durch Steuerberater	87, 141		
– durch Versicherungsmathematiker/ Rentenbescheid	87, 12		
	(LS)		
– durch Vertragserstellung	87, 141		
<b>Sachverhaltsermittlung</b>	87, 8		
– durch das Finanzamt	87, 167		
<b>Sachverständiger</b>			
– Rechtsberatung durch	87, 12		
	(LS)		
<b>Schaden</b>			
– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24		
– Geldbuße	87, 24, 125		
– Kalkulationsschaden, USt	87, 164		
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73		
<b>Schadenminderungspflicht</b>			
– FG-Klage, Gefahr d. Schadenerhöhung	87, 179		
<b>Schätzung, § 162 AO</b>			
– Schaden			
= Bindung an Erklärung			
i. Schlußbesprechung	87, 156		
= Darlegungslast	87, 161		
<b>Steuerberater</b>			
– erlaubte Rechtsberatung	87, 141		
– internationale Zusammenarbeit mit Berufskollegen	87, 116		
<b>Steuerberatungsgesellschaft</b>			
– mit berufsfremdem Gesellschafter	87, 66		
	(LS)		
<b>Steuerberatungsgesetz</b>			
– § 4 Ziff. 5	87, 13		
= durch Unternehmensberater			
= unmittelbarer Zusammenhang	87, 14		
– § 57			
= Gebührenzahlung durch Dritte	87, 17, 19		
= Unabhängigkeit	87, 17		
= Werbeverbot	87, 116		
<b>Steuerberatungsvertrag</b>			
– und Anlageberatungsvertrag	87, 35		
– Auflösung des –			
= zum Jahresende	87, 99		
= einverständliche –	87, 102		

- Auflösung der StB-Sozietät	87, 98	- Sekundäranspruch	87, 49, 158
- Dienstvertrag	87, 99, 102, 108	= Belehrungspflicht	
- Kündigung durch Mandanten	87, 35, 165, 173	= Verschulden	87, 49, 182
- Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 32	- Treuhand	87, 67
- mit Sozietät	87, 145	- Zinsschaden	87, 182
- Werksvertrag	87, 98	<b>Verschulden</b>	
- Zustandekommen des –	87, 52	- Belehrung über Fehler	87, 49
= Indiz: Honorarzählung		- des Treuhänders	87, 136
<b>Steuerhinterziehung</b>		<b>Versicherungsschutz</b>	
- Fortsetzungstat	87, 2	- Ausgleichsanspruch d. Versicherers	
- Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2	gg. Dritte	87, 154
- USt-Erstattungsanspruch	87, 2		(LS)
- Verjährung	87, 2	- Klagfrist § 12 Abs. III VVG	87, 26
<b>Testat</b>			(LS)
- Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	87, 27	<b>Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter</b>	
- Sorgfaltspflicht bei Erteilung von –	87, 27	- zugunsten des Kreditgebers	87, 27
<b>Treuhand</b>		- Prospektprüfungsvertrag	87, 54
- Auskunftspflicht des –	87, 94	zugunsten des Bauherrn?	
(LS)		<b>Vertragsgestaltung</b>	
- Belehrung über steuerliche Risiken	87, 135	- Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
- Einsichtsrecht des Treugebers	87, 94	- durch Steuerberater	87, 141
(LS)		<b>Vorsatz</b>	
- prospektierter Gesamtaufwand	87, 73, 92	- sittenwidrige vorsätzliche	87, 27
- Kenntnis der wirtschaftl. und rechtl.	87, 89	Schädigung, § 826 BGB	
Grundlagen		<b>Vorvertraglicher Regreßanspruch</b>	
- Verjährung des Regreßanspruch	87, 67, 81	- gegen Treuhandkommanditisten	87, 135
- Verschulden des	87, 136	- Verjährung des –	87, 83
- Verwaltung des Gesellschaftsanteils	87, 89	<b>Werbeverbot</b>	
- Zustimmung zur Umplanung	87, 89	- Praxiseröffnungsanzeige i. Anzeigenblatt	87, 154
<b>Unerlaubte Handlung</b>		(LS)	
- sittenwidrige vorsätzliche	87, 27	<b>Werkvertrag</b>	
Schädigung, § 826 BGB		- Konkursbuchhaltung	87, 98
<b>Unterschlagung</b>		- Zustandekommen des –	
- Buchführungsmandat	87, 4	<b>Wiedereinsetzung</b>	
- Mitverschulden d. Mandanten	87, 6	- wg. Abweichens von StE ohne Hinweis	87, 154
<b>Verdeckte Gewinnausschüttung</b>	87, 134	(LS)	
<b>Verjährung</b>		- Fristenkontrolle	87, 20
- des Honoraranspruchs	87, 9	= falsches FA	
<b>Verjährung (§ 51a WPO)</b>		= Kompensationsverschulden d. Gerichts/FA	87, 20
- Mehrfachberufler	87, 67, 182	- Weiterleitung an zuständiges FA/Gericht	87, 20
- vorvertraglicher Regreßanspruch	87, 81	<b>Wirtschaftsprüfer</b>	
- Treuhand	87, 67, 81	- Berufstätigkeit, § 2 I WPO	87, 67, 81
<b>Verjährung (§ 68 StBerG)</b>		- Treuhand	87, 67, 81
- Schadenentstehung	87, 47, 83	<b>Zurückbehaltungsrecht</b>	
= keine Einspruchsbegründung	87, 158	- an gespeicherten Buchhaltungsdaten	87, 116
= Kapitalanlage		(LS)	
= Rechtskraft d. St.-Bescheides/FG-Urteils	87, 158		
= Steuererklärung nach Fristablauf	87, 158		
= unterlassene Vollmachtvorlage	87, 158		

BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85 = wistra 86, 142 = Anm. Würtwein wistra 86, 258	87,2	OLG Düsseldorf v. 15.5.1986 – 2 U 80/85 OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 128 87, 2
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86 = wistra 86, 257	87, 2	OLG Düsseldorf v. 3.7.1986 – 18 U 45/86 OLG Düsseldorf v. 27.11.1986 – 8 U 237/85 = AnwBl. 87, 283	87, 102 87, 134 (LS)
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86 = VersR 1987, 39	87, 26 (LS)	OLG Düsseldorf v. 22.1.1987 – 18 U 146/86 OLG Düsseldorf v. 4.6.1987 – 18 U 8/87 (rkr.)	87, 125 87, 99
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84 = WM 1987, 85 = EBE 1987, 36 = JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens	87, 13	OLG Hamburg v. 29.10.1986 – 5 U 35/86 = DB 1987, 575	87, 154 (LS)
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85 = WM 1987, 83 = EBE 1987, 40 = EWIR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189 (Michalski) = JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens	87, 18	OLG Hamburg v. 10.12.1986 – V U 50/86 = EWIR § 68 StBerG 1/87 (Graf v. Westphalen) OLG Hamm v. 22.7.1986 – 4 U 180/86 = DStR 1987, 242	87, 68 87, 154 (LS)
BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85 = wistra 1987, 200	87, 35	OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84 OLG Koblenz v. 20.6.1986 – 2 U 534/85 OLG Koblenz v. 3.12.1986 – 7 U 673/86	87, 3 87, 141 87, 45
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85 BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85 = WM 1987, 257 = ZIP 1987, 376 = DB 1987, 828 = BB 1987, 371 = EWIR § 826 BGB 2/87 591 (Gräfel) = WuB IVa § 328 BGB 1.87 (Joheke)	87, 7 87, 27	OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85 OLG München v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85 OLG München v. 23.4.1986 – 15 U 1566/83 OLG Schleswig v. 4.6.1987 – 2 U 49/86	87, 9 87, 94 (LS) 87, 135 87, 155
BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86 = ZIP 1987, 115	87, 26 (LS)	LG Augsburg v. 3.12.1986 – 2 O 601/84 LG Braunschweig v. 11.1.1987 – 5 = 432/84 = StB 1987, 15	87, 89 87, 116 (LS)
BGH v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86 = 1987, 590	87, 66 (LS)	LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85 = RBeistand 1986, 129	87, 12 (LS)
BGH v. 25.2.1987 – IVa ZR 162/85 = VersR 1987, 688 = StB 1987, 242	87, 173	LG Düsseldorf v. 21.5.1986 – 12 O 584/85 = STEUER-TELEX 338/87	87, 116 (LS)
BGH v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85 BGH v. 11.3.1987 – IVa ZR 290/85 BGH v. 25.3.1987 – IVa ZR 250/85 = WM 1987, 928 = VersR 1987, 718	87, 119 87, 81 87, 182	LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86 LG Flensburg v. 11.12.1986 – 1 S 69/86 = RBeistand 1987, 50 LG Itzehoe v. 4.12.1986 – 7 O 207/86 LG Kleve v. 20.2.1987 – 1 O 340/86	87, 12 87, 134 (LS) 87, 145 87, 73
BGH v. 1.4.1987 – IVa ZR 211/85 = WM 1987, 725 = VersR 1987, 1036	87, 84	LG Koblenz v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 (rkr.) = WM 1986, 1038 = WuB VIII A § 15 BNotO 1.86, Reithmann	87, 94
BGH v. 2.4.1987 – IX ZR 68/86 = WM 1987, 725 = ZIP 1987, 1058	87, 80 (LS)	LG Köln v. 8.5.1987 – 17 O 447/86 LG Marburg v. 29.1.1986 – 2 O 192/85 LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85 = RBeistand 1986, 127	87, 158 87, 51 87, 12 (LS)
BGH v. 20.5.1987 – IVa ZR 36/86 = ZIP 1987, 1054	87, 117	LG Münster v. 15.7.1987 – 2 O 266/87 LG Osnabrück v. 16.2.1987 – 4 O 316/86 LG Saarbrücken v. 30.10.1986 – 3 O 417/85	87, 161 87, 164 87, 54
OLG Celle v. 8.4.1987 – 3 U 119/86 = StB 1987, 241	87, 165		
OLG Düsseldorf v. 14.3.1985 – 18 U 45/86 OLG Düsseldorf v. 11.4.1985 – 18 U 190/84	87, 98 87, 98 (LS)		

AG Neuss v. 24. 11. 1986 – 37 C 530/86 = AnwBl. 87, 284	87, 134 (LS)	FG Hamburg v. 17. 10. 1986 – II 198/86 = EFG 1987, 157	87, 154 (LS)
AG Sinzig v. 30. 12. 1986 – 7 C 463/86 (rkr.)	87, 108	FG Köln v. 25. 6. 1986 – VI 439/82 F	87, 134 (LS)
LAG Hamm v. 13. 5. 1986 – II Sa 2354/85 = RBeistand 1986, 166 m. Anm.	87, 12 (LS)	FG Köln v. 10. 12. 1986 – X 317/83 F	87, 66 (LS)
EG Düsseldorf v. 5. 12. 1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85 = RBeistand 1986, 131	87, 12 (LS)	Nds. FG v. 16. 4. 1986 – IX 312/81 – = Stbg 1987, 18	87, 44 (LS)
		FG Rheinland-Pfalz v. 18. 8. 1986 – 2 K 131/85	87, 80 (LS)
BFH v. 9. 10. 1986 – IV R 135/84 = BStBl. 1987 II, 124	87, 66 (LS)	BdF Schr. v. 24. 6. 1987 = Finanznachrichten v. 26. 6. 1987 = DStR 1987, 437	87, 129
BFH v. 5. 2. 1987 – IV R 121/83 = BFH/NV 1987, 571	87, 172 (LS)		
BFH v. 24. 3. 1987 – I B 117/86 = LEXinform 0074883	87, 134 (LS)	OFD Frankfurt Vfg. v. 21. 10. 1986 – S 2134 A – 10 – St II 20 = Wpg 1987, 47	87, 41
BFH v. 21. 5. 1987 – IV R 80/87 = LEXinform 0079720 = STEUERTELEX 3810	87, 172 (LS)	OFD Münster Vfg v. 12. 8. 1987 S 2172-152-St 16-31 = LEXinform 0080666 = STEUERTELEX 3840	87, 172 (LS)
FG Baden-Württemberg v. 17. 11. 1986 – VI K 457/83 = EFG 1987, 155	87, 154 (LS)	OFD Nürnberg v. 1. 6. 1987 – S 0223 – 6/St 24	87, 167
FG Düsseldorf v. 21. 5. 1986 – XI 388/79 F = NJW 1987, 344	87, 66 (LS)	BDiG v. 29. 1. 1987 – IV VL 37/85 = MdR 1987, 467	87, 116 (LS)

**Buchempfehlungen:**

Dürr, Der Steuerberater vor dem Finanzgericht, 1987; GI 87, 166

Richter, Die neue Verwaltungsregelung zur Verbindlichen Auskunft; GI 87, 187

Romanovszky/Rux, Vorteilhafte Gesellschaftsverträge, 7. Auflage 1987; GI 87, 166

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.